

Statuten

Emmi AG

(Identifikationsnummer: CHE-103.588.843)

Inhaltsverzeichnis

Seite

Artikel 1: Firma, Sitz, Dauer.....	3
Artikel 2: Zweck	3
Artikel 3: Aktienkapital.....	3
Artikel 4: Aktien	3
Artikel 5: Aktionäre	4
Artikel 6: Aktienregister, Eintragung als Aktionär mit Stimmrecht.....	4
Artikel 7: Aktienzertifikate und Bucheffekten.....	4
Artikel 8: Organe	5
Artikel 9: Befugnisse	5
Artikel 10: Arten, Einberufungs- und Traktandierungsrecht	6
Artikel 11: Form.....	6
Artikel 12: Ort, Vorsitz, Protokollführer, Stimmzähler	7
Artikel 13: Teilnahmeberechtigung, Vertretung.....	7
Artikel 13a: Unabhängiger Stimmrechtsvertreter	7
Artikel 14: Stimmrecht.....	8
Artikel 15: Beschlussfähigkeit.....	8
Artikel 16: Beschlussfassung	8
Artikel 17: Protokoll	9
Artikel 18: Zusammensetzung	10
Artikel 19: Amtsdauer	10
Artikel 20: Konstituierung	10
Artikel 21: Funktion.....	10
Artikel 22: Aufgaben.....	10
Artikel 23: Geschäftsführung.....	11
Artikel 24: Organisation, Beschlüsse.....	11
Artikel 25: Protokoll	11
Artikel 26: (aufgehoben).....	11



Artikel 27: Wahl.....	11
Artikel 28: Amtsdauer.....	12
Artikel 29: Aufgaben.....	12
Artikel 29a: Personal- und Vergütungsausschuss	12
Artikel 29b: Vergütungsgrundsätze, Erfolgsabhängige Vergütung,	12
Artikel 29c: Arbeitsverträge, Darlehen, Kredite und Vorsorgeleistungen ausserhalb der beruflichen Vorsorge	13
Artikel 29d: Zusätzliche Mandate.....	14
Artikel 29e: Abstimmung über die Vergütungen durch die Generalversammlung	15
Artikel 30: Vertretungsbefugnis	16
Artikel 31: Zeichnung	16
Artikel 32: Publikationsorgan, Mitteilungen	16
Artikel 33: Geschäftsjahr	16
Artikel 34: Geschäftsbericht, Vergütungsbericht	16
Artikel 35: Verwendung des Gewinns	17
Artikel 36: Auflösung	17
Artikel 37: Liquidation	17
Artikel 38: <i>(aufgehoben)</i>	17
Artikel 38a: Sacheinlagen	17
Artikel 39: <i>(aufgehoben)</i>	17



1. Firma, Sitz, Dauer, Zweck

Artikel 1: Firma, Sitz, Dauer

Unter der Firma

Emmi AG
(Emmi SA)
(Emmi Ltd.)

besteht eine Aktiengesellschaft ("**Gesellschaft**") mit Sitz in Luzern gemäss den vorliegenden Statuten ("**Statuten**") und den Bestimmungen von Art. 620 ff. des Schweizerischen Obligationenrechts ("**OR**"). Die Dauer der Gesellschaft ist unbeschränkt.

Artikel 2: Zweck

¹ Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb und die dauernde Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen aller Art, insbesondere der Milchbranche, und die Finanzierung von der Gesellschaft verbundener und nahestehender Unternehmungen im In- und Ausland.

² Die Gesellschaft kann im In- und Ausland Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften errichten.

³ Die Gesellschaft kann im In- und Ausland Grundstücke erwerben, halten, belasten und veräussern.

⁴ Die Gesellschaft kann alle Geschäfte tätigen, Verpflichtungen eingehen und Verträge abschliessen, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck und die Entwicklung des Unternehmens zu fördern, oder die direkt oder indirekt damit im Zusammenhang stehen.

2. Aktienkapital, Aktien, Aktionäre

Artikel 3: Aktienkapital

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt CHF 53'498'100.-- und ist eingeteilt in 5'349'810 Namenaktien im Nennwert von je CHF 10.--. Die Aktien sind vollständig liberiert.

Artikel 4: Aktien

¹ Durch Statutenänderung kann die Gesellschaft jederzeit Namenaktien in Inhaberaktien oder Inhaberaktien in Namenaktien umwandeln.

² Die Aktien sind der Gesellschaft gegenüber unteilbar. Die Gesellschaft anerkennt nur einen Berechtigten für jede Aktie.

³ (aufgehoben)

⁴ (aufgehoben)



Artikel 5: Aktionäre

¹ Im Verhältnis zur Gesellschaft gilt als Aktionär oder Nutzniesser von Namenaktien, wer im Aktienregister eingetragen ist, und kann die Mitgliedschaftsrechte aus Namenaktien ausüben, wer durch den Eintrag im Aktienregister als Aktionär mit Stimmrecht ausgewiesen ist.

² Das Eigentum oder die Nutzniessung an einer Aktie und jede Ausübung von Aktionärsrechten schliesst die Anerkennung der Statuten in der jeweils gültigen Fassung in sich.

Artikel 6: Aktienregister, Eintragung als Aktionär mit Stimmrecht

¹ Die Gesellschaft führt über die Namenaktien ein Aktienregister, in welches die Eigentümer und Nutzniesser mit Namen und Vornamen bzw. Firma, Adresse und Staatsangehörigkeit bzw. Sitz eingetragen werden.

² Wechselt ein Aktionär seine Wohnadresse, so hat er der Gesellschaft die neue Adresse bekannt zu geben. Bis zu dieser Bekanntgabe erfolgen alle brieflichen Mitteilungen der Gesellschaft rechtsgültig an die im Aktienregister eingetragene Adresse.

³ Erwerber von Namenaktien werden auf Gesuch hin als Aktionäre oder Nutzniesser mit Stimmrecht im Aktienregister eingetragen, falls sie ausdrücklich erklären, diese Namenaktien im eigenen Namen und für eigene Rechnung erworben zu haben. Ist der Erwerber nicht bereit, eine solche Erklärung abzugeben, kann die Gesellschaft die Eintragung mit Stimmrecht verweigern.

⁴ Die Gesellschaft kann nach Anhörung des Betroffenen Eintragungen im Aktienregister als Aktionär mit Stimmrecht rückwirkend auf das Datum der Eintragung streichen, wenn diese durch falsche Angaben zustande gekommen sind. Der Betroffene muss über die Streichung sofort informiert werden.

Artikel 7: Aktienzertifikate und Bucheffekten

¹ Die Gesellschaft kann über ihre Aktien Urkunden (Einzel- oder Globalurkunden, Zertifikate) ausgeben, auf die Verurkundung von Aktien verzichten, durch die Eintragung von nicht verurkundeten Aktien in einem separaten Wertrechtebuch Wertrechte schaffen oder die Aktien als Bucheffekten ausgestalten. Das Wertrechtebuch ist nicht öffentlich. Der Gesellschaft steht es im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben frei, in einer dieser Formen ausgegebene Aktien jederzeit und ohne Zustimmung der Aktionäre in eine andere Form umzuwandeln.

² Werden Aktien in Form von Urkunden ausgegeben, tragen sie die Unterschrift eines Mitglieds des Verwaltungsrats. Die Unterschrift kann eine Faksimile-Unterschrift sein.

³ Der Aktionär hat keinen Anspruch auf die Ausgabe von Urkunden für seine Aktien oder auf Umwandlung von in bestimmter Form ausgegebenen Aktien in eine andere Form. Jeder Aktionär kann jedoch von der Gesellschaft die



Ausstellung einer Bescheinigung über die von ihm gemäss Aktienbuch gehaltenen Aktien verlangen.

⁴ Bucheffekten, denen Aktien der Gesellschaft zugrunde liegen, können ausschliesslich nach Massgabe des Bucheffektengesetzes übertragen bzw. als Sicherheit bestellt werden. Die Übertragung von Bucheffekten bzw. die Bestellung von Sicherheiten daran durch Zession ist ausgeschlossen. Wertrechte sowie Aktien, die weder verkündet sind noch als Bucheffekten qualifizieren, können nur durch Zession übertragen werden. Die Zession bedarf zu ihrer Gültigkeit der Anzeige an die Gesellschaft.

⁵ Nicht verkündete Namenaktien und daraus entspringende Rechte können nur zugunsten der Bank, bei welcher der Aktionär die Namenaktien buchmässig führen lässt, durch schriftlichen Pfandvertrag verpfändet werden. Die Verpfändung muss der Gesellschaft nicht angezeigt werden.

⁶ Falls Aktientitel oder Zertifikate ausgestellt werden, erfolgt die Übertragung von Namenaktien durch Rechtsgeschäft durch Übergabe des indossierten Aktientitels bzw. Zertifikats an den Erwerber.

3. Organisation

Artikel 8: Organe

Die Organe der Gesellschaft sind:

- die Generalversammlung,
- der Verwaltungsrat, und
- die Revisionsstelle.

3.1. Generalversammlung

Artikel 9: Befugnisse

¹ Die Generalversammlung ist das oberste Organ der Gesellschaft.

² Der Generalversammlung stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:

- a) die Änderung der Statuten, soweit diese Kompetenz nicht von Gesetzes wegen dem Verwaltungsrat übertragen ist;
- b) die Wahl und Abberufung
 - der Mitglieder des Verwaltungsrats,
 - des Präsidenten des Verwaltungsrats,
 - der Mitglieder des Personal- und Vergütungsausschusses, und
 - eines unabhängigen Stimmrechtsvertreters;
- c) die Wahl und Abberufung der Revisionsstelle;
- d) die Genehmigung des Lageberichts und der Konzernrechnung;
- e) die Genehmigung der Jahresrechnung nach Entgegennahme des Berichts der Revisionsstelle;



- f) die Beschlussfassung über die Behandlung des Bilanzergebnisses, insbesondere die Festsetzung der Dividende und der Tantieme;
- g) die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats;
- h) die Genehmigung der Vergütungen des Verwaltungsrats, der Personen, die vom Verwaltungsrat ganz oder zum Teil mit der Geschäftsführung betraut sind (Geschäftsleitung bzw. Konzernleitung) und eines allfälligen Beirats;
- i) die Beschlussfassung über die Gegenstände, die der Generalversammlung durch das Gesetz oder die Statuten vorbehalten sind.

Artikel 10: Arten, Einberufungs- und Traktandierungsrecht

¹ Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb 6 Monaten nach Schluss des Geschäftsjahres statt.

² Ausserordentliche Generalversammlungen werden einberufen, so oft es notwendig ist, insbesondere in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen.

³ Die Einberufung einer Generalversammlung kann auch von einem Aktionär oder mehreren Aktionären, der/die zusammen mindestens 10% des Aktienkapitals vertritt/vertreten, verlangt werden. Das Begehren um Einberufung einer Generalversammlung hat beim Verwaltungsrat schriftlich unter Angabe der Verhandlungsgegenstände und der Anträge zu erfolgen.

⁴ Aktionäre, die Aktien im Nennwert von CHF 1'000'000.-- vertreten, können die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstands verlangen. Das Begehren um Traktandierung eines Verhandlungsgegenstands ist dem Verwaltungsrat mindestens 45 Tage vor der Generalversammlung schriftlich unter Angabe der Anträge zu unterbreiten.

Artikel 11: Form

¹ Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle einberufen.

² Die Generalversammlung ist spätestens 20 Tage vor dem Versammlungstag in der Form gemäss Art. 32 der Statuten einzuberufen. In der Einberufung sind Tag, Zeit und Ort der Generalversammlung und die Verhandlungsgegenstände (Traktandenliste) sowie die Anträge des Verwaltungsrats und der Aktionäre, welche die Durchführung einer Generalversammlung oder die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstands verlangt haben, bekanntzugeben.

³ Spätestens 20 Tage vor der ordentlichen Generalversammlung sind der Geschäftsbericht und der Revisionsbericht sowie der Vergütungsbericht gemäss Art. 13 ff. VegüV samt Prüfungsbericht (Art. 17 VegüV) den Aktionären am Gesellschaftssitz zur Einsicht aufzulegen. Jeder Aktionär kann verlangen, dass ihm unverzüglich eine Ausfertigung dieser Unterlagen zugestellt wird. Die Namenaktionäre sind hierüber in der Einladung zur ordentlichen Generalversammlung zu unterrichten.



⁴ Über Anträge zu nicht gehörig angekündigten Verhandlungsgegenständen können keine Beschlüsse gefasst werden; ausgenommen sind Anträge auf Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung oder auf Durchführung einer Sonderprüfung. Zur Stellung von Anträgen im Rahmen der Verhandlungsgegenstände und zu Verhandlungen ohne Beschlussfassung bedarf es keiner vorgängigen Ankündigung.

⁵ Die Generalversammlung darf die Jahresrechnung nur abnehmen und über die Behandlung des Bilanzergebnisses beschliessen, wenn ein Revisionsbericht vorliegt und die Revisionsstelle anwesend ist. Auf die Anwesenheit der Revisionsstelle kann die Generalversammlung durch einstimmigen Beschluss verzichten.

Artikel 12: Ort, Vorsitz, Protokollführer, Stimmenzähler

¹ Der Verwaltungsrat bestimmt den Ort der Generalversammlung.

² Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Präsident des Verwaltungsrats und bei dessen Verhinderung ein anderes vom Verwaltungsrat aus seiner Mitte zu wählendes Mitglied und bei Verhinderung aller Genannten ein von der Generalversammlung zu wählender Tagesvorsitzender.

³ Der Vorsitzende bezeichnet den Protokollführer und die Stimmenzähler, welche nicht Aktionäre zu sein brauchen.

Artikel 13: Teilnahmeberechtigung, Vertretung

¹ Zur Teilnahme an der Generalversammlung und Ausübung des Stimmrechts in der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre bzw. Nutzniesser berechtigt, die an dem jeweils vom Verwaltungsrat bezeichneten Stichtag im Aktienregister als Aktionäre mit Stimmrecht bzw. Nutzniesser mit Stimmrecht eingetragen sind.

² Die Aktionäre können ihre Aktien in der Generalversammlung selbst vertreten oder durch ihren gesetzlichen Vertreter oder mittels schriftlicher Vollmacht durch einen anderen stimmberechtigten Aktionär oder den unabhängigen Stimmrechtsvertreter vertreten lassen. Alle von einem Aktionär gehaltenen Aktien können nur von einer Person vertreten werden.

³ Der Vorsitzende entscheidet abschliessend über die Anerkennung einer Vollmacht.

Artikel 13a: Unabhängiger Stimmrechtsvertreter

¹ Die Generalversammlung wählt einen unabhängigen Stimmrechtsvertreter. Wählbar sind natürliche oder juristische Personen oder Personengesellschaften. Die Unabhängigkeit darf weder tatsächlich noch dem Anschein nach beeinträchtigt sein und richtet sich im Übrigen nach Art. 728 Abs. 2-6 OR.

² Die Amtsdauer des unabhängigen Stimmrechtsvertreters endet mit dem Abschluss der auf seine Wahl folgenden ordentlichen Generalversammlung. Wiederwahl ist möglich.



³ Hat die Gesellschaft keinen unabhängigen Stimmrechtsvertreter, so ernennt der Verwaltungsrat einen solchen für die nächste Generalversammlung.

⁴ Die Generalversammlung kann den unabhängigen Stimmrechtsvertreter auf das Ende der Generalversammlung abberufen.

⁵ Der unabhängige Stimmrechtsvertreter nimmt seine Pflichten in Übereinstimmung mit den einschlägigen Gesetzesvorschriften wahr.

⁶ Der Verwaltungsrat stellt sicher, dass die Aktionäre die Möglichkeit haben, dem unabhängigen Stimmrechtsvertreter

- a) zu jedem in der Einberufung gestellten Antrag zu Verhandlungsgegenständen Weisungen zu erteilen; und
- b) zu nicht angekündigten Anträgen zu Verhandlungsgegenständen sowie zu neuen Verhandlungsgegenständen gemäss Art. 700 Abs. 3 OR allgemeine Weisungen zu erteilen.

⁷ Die Gesellschaft stellt zudem sicher, dass die Aktionäre ihre Vollmachten und Weisungen, auch elektronisch, bis um 16:00 Uhr am zweiten Arbeitstag vor dem Datum der Generalversammlung dem unabhängigen Stimmrechtsvertreter erteilen können. Massgebend für die Wahrung der Frist ist der Zeitpunkt des Zugangs der Vollmachten und Weisungen beim unabhängigen Stimmrechtsvertreter. Der Verwaltungsrat bestimmt das Verfahren der elektronischen Erteilung von Vollmachten und Weisungen.

⁸ Der unabhängige Stimmrechtsvertreter ist verpflichtet, die ihm von den Aktionären übertragenen Stimmrechte weisungsgemäss auszuüben. Hat er keine Weisungen erhalten, so enthält er sich der Stimme.

⁹ Kann der unabhängige Stimmrechtsvertreter sein Amt nicht ausüben oder hat die Gesellschaft keinen unabhängigen Stimmrechtsvertreter mehr, dann gelten die ihm erteilten Vollmachten und Weisungen als dem vom Verwaltungsrat gemäss vorstehendem Abs. 3 ernannten unabhängigen Stimmrechtsvertreter erteilt.

Artikel 14: Stimmrecht

Jede im Aktienregister mit Stimmrecht eingetragene Aktie berechtigt zu einer Stimme.

Artikel 15: Beschlussfähigkeit

Die Generalversammlung ist beschlussfähig ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Aktionäre und vertretenen Aktienstimmen.

Artikel 16: Beschlussfassung

¹ Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen, soweit das Gesetz oder die Statuten es nicht anders bestimmen, mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Für die Bestimmung der Anzahl der abgegebenen Stimmen werden Enthaltungen nicht mitgezählt.



² Für die folgenden Geschäfte ist ein Beschluss der Generalversammlung, der mindestens zwei Drittel der vertretenen Aktienstimmen und die absolute Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte auf sich vereinigt, erforderlich:

- a) die Änderung des Gesellschaftszwecks;
- b) die Einführung von Stimmrechtsaktien;
- c) die Beschränkung der Übertragbarkeit von Namenaktien;
- d) eine genehmigte oder eine bedingte Kapitalerhöhung;
- e) die Kapitalerhöhung aus Eigenkapital, gegen Sacheinlage oder zwecks Sachübernahme und die Gewährung von besonderen Vorteilen;
- f) die Einschränkung oder Aufhebung des Bezugsrechts;
- g) die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft;
- h) die Auflösung der Gesellschaft;
- i) die Änderung der Statutenbestimmungen über die Eintragungsbeschränkung (Art. 6) sowie die Änderung dieser Statutenbestimmung (Art. 16 Abs. 2 lit. i).

³ Bei Stimmengleichheit entscheidet bei Beschlüssen der Vorsitzende und bei Wahlen das Los.

⁴ Abstimmungen und Wahlen erfolgen offen, sofern nicht der Vorsitzende die geheime Stimmabgabe anordnet oder die Generalversammlung diese beschliesst. Die schriftliche Abstimmung bzw. Wahl kann auch auf elektronischem Weg stattfinden. Ist das Resultat einer offenen Abstimmung nicht eindeutig, so kann sie auf Anordnung des Vorsitzenden im schriftlichen Verfahren wiederholt werden. In diesem Fall gilt die vorausgegangene Abstimmung bzw. Wahl als nicht erfolgt. Bei schriftlichen Abstimmungen und Wahlen kann der Vorsitzende zur Beschleunigung der Stimmenauszählung anordnen, dass nur die Stimmzettel derjenigen Aktionäre bzw. Vertreter eingesammelt werden, die eine Neinstimme abgeben oder sich der Stimme enthalten wollen, und alle übrigen im Zeitpunkt der Abstimmung vertretenen Aktien als Ja-Stimmen gewertet werden.

Artikel 17: Protokoll

¹ Der Verwaltungsrat sorgt für die Führung eines Protokolls. Dieses hält fest:

- a) die Anzahl, Art und den Nennwert der Aktien, die von Aktionären und vom unabhängigen Stimmrechtsvertreter vertreten werden;
- b) die Beschlüsse und die Wahlergebnisse;
- c) die Begehren um Auskunft und die darauf erteilten Antworten; und
- d) die von den Aktionären zu Protokoll gegebenen Erklärungen.

² Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen.



3.2. Verwaltungsrat

Artikel 18: Zusammensetzung

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft besteht aus zwei oder mehr Mitgliedern.

Artikel 19: Amtsdauer

¹ Die Generalversammlung wählt die Mitglieder des Verwaltungsrats einzeln. Die Generalversammlung wählt den Präsidenten des Verwaltungsrats aus dem Kreis der Verwaltungsratsmitglieder.

² Die Amtsdauer der Mitglieder des Verwaltungsrats sowie des Präsidenten endet spätestens mit dem Abschluss der auf ihre Wahl folgenden ordentlichen Generalversammlung. Wiederwahl ist zulässig.

³ Ist das Amt des Präsidenten vakant, so ernennt der Verwaltungsrat für die verbleibende Amtsdauer einen neuen Präsidenten.

Artikel 20: Konstituierung

Der Verwaltungsrat konstituiert sich mit Ausnahme der Wahl des Präsidenten und der Mitglieder des Personal- und Vergütungsausschusses selbst.

Artikel 21: Funktion

Der Verwaltungsrat hat die Oberleitung der Gesellschaft und die Aufsicht über und die Kontrolle der Geschäftsführung. Er vertritt die Gesellschaft nach aussen und besorgt alle Angelegenheiten und kann in allen Angelegenheiten Beschluss fassen, die nicht nach Gesetz, Statuten oder Reglement einem anderen Organ übertragen sind.

Artikel 22: Aufgaben

¹ Der Verwaltungsrat hat folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben:

- a) die Oberleitung der Gesellschaft und die Erteilung der nötigen Weisungen;
- b) die Festlegung der Organisation;
- c) die Ausgestaltung des Rechnungswesens, der Finanzkontrolle sowie der Finanzplanung, sofern diese für die Führung der Gesellschaft notwendig ist;
- d) die Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung der Gesellschaft betrauten Personen;
- e) die Ernennung und Abberufung der mit der Vertretung der Gesellschaft betrauten Personen;
- f) die Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen;



- g) die Erstellung des Geschäftsberichts und des Vergütungsberichts gemäss Art. 13 ff. VegüV;
- h) die Vorbereitung der Generalversammlung und die Ausführung ihrer Beschlüsse;
- i) die Benachrichtigung des Richters im Falle der Überschuldung;
- j) die Beschlussfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals, soweit diese in der Kompetenz des Verwaltungsrats liegt (Art. 651 Abs. 4 OR), sowie zur Feststellung von Kapitalerhöhungen und über daraus folgende Statutenänderungen (Art. 651 Abs. 4, 651a, 652g und 653g OR).

² Der Verwaltungsrat kann die Vorbereitung und die Ausführung seiner Beschlüsse oder die Überwachung von Geschäften Ausschüssen oder einzelnen Mitgliedern zuweisen. Er hat für eine angemessene Berichterstattung an seine Mitglieder zu sorgen.

Artikel 23: Geschäftsführung

¹ Der Verwaltungsrat kann die Geschäftsführung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und nach Massgabe eines von ihm zu erlassenden Organisationsreglements ganz oder zum Teil einzelnen Mitgliedern des Verwaltungsrats oder anderen natürlichen Personen, die nicht Aktionäre sein müssen, übertragen.

² Das Organisationsreglement ordnet die Übertragung der Geschäftsführung, bestimmt die hierfür erforderlichen Stellen, umschreibt deren Aufgaben und regelt insbesondere die Berichterstattung.

Artikel 24: Organisation, Beschlüsse

¹ Der Verwaltungsrat regelt Organisation, Sitzungsordnung, Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung des Verwaltungsrats im Organisationsreglement.

² Bei Stimmengleichheit hat der Vorsitzende den Stichentscheid.

Artikel 25: Protokoll

Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Verwaltungsrats ist ein Protokoll zu führen, das vom Vorsitzenden und vom Sekretär bzw. vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. Zirkularbeschlüsse sind in das nächste Protokoll des Verwaltungsrats aufzunehmen.

Artikel 26: (aufgehoben)

3.3. Revisionsstelle

Artikel 27: Wahl

¹ Die ordentliche Generalversammlung wählt eine Revisionsstelle. Wenigstens ein Mitglied der Revisionsstelle muss seinen Wohnsitz, seinen Sitz oder eine eingetragene Zweigniederlassung in der Schweiz haben. Der Revisionsstelle obliegen die vom Gesetz zugewiesenen Befugnisse und Pflichten.



² Die Revisionsstelle muss nach Art. 728 OR unabhängig sein und die besonderen fachlichen Voraussetzungen gemäss Art. 727b OR erfüllen.

Artikel 28: Amtsdauer

¹ Die Revisionsstelle wird für ein Geschäftsjahr gewählt. Ihr Amt endet mit der Abnahme der Jahresrechnung für das betreffende Geschäftsjahr.

² Wiederwahl ist zulässig.

Artikel 29: Aufgaben

Die Revisionsstelle hat die Aufgaben gemäss Art. 728 ff. OR.

3^{bis}

Vergütung des Verwaltungsrats, der Konzernleitung und eines allfälligen Beirats

Artikel 29a: Personal- und Vergütungsausschuss

¹ Die Generalversammlung wählt einen Personal- und Vergütungsausschuss von einem oder mehreren Mitgliedern. Die Mitglieder des Personal- und Vergütungsausschusses werden einzeln gewählt. Wählbar sind nur Mitglieder des Verwaltungsrats. Die Amtsdauer der Mitglieder des Personal- und Vergütungsausschusses endet spätestens mit dem Abschluss der auf ihre Wahl folgenden ordentlichen Generalversammlung. Wiederwahl ist möglich.

² Der Personal- und Vergütungsausschuss konstituiert sich selbst.

³ Hat der Personal- und Vergütungsausschuss weniger als die von der letzten Generalversammlung gewählte Anzahl an Mitgliedern und ist damit nicht vollständig besetzt, so ernennt der Verwaltungsrat für die verbleibende Amtsdauer die fehlenden Mitglieder.

⁴ Der Personal- und Vergütungsausschuss unterbreitet dem Verwaltungsrat einen Vorschlag für die Vergütungen der Mitglieder des Verwaltungsrats. Der Verwaltungsrat beschliesst über deren Vergütung und unterbreitet diese der Generalversammlung zur Genehmigung gemäss Art. 29e der Statuten. Der Personal- und Vergütungsausschuss entscheidet über die Vergütungen des Verwaltungsratspräsidenten, des CEO und der weiteren Mitglieder der Konzernleitung und eines allfälligen Beirats, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Generalversammlung gemäss Art. 29e der Statuten.

⁵ Der Personal- und Vergütungsausschuss kann zur Erfüllung seiner Aufgaben weitere Personen und externe Berater beiziehen und an seinen Sitzungen teilnehmen lassen.

⁶ Der Verwaltungsrat kann dem Personal- und Vergütungsausschuss weitere Aufgaben zuweisen.

Artikel 29b: Vergütungsgrundsätze, Erfolgsabhängige Vergütung

¹ Die Vergütungen der Mitglieder des Verwaltungsrats, der Konzernleitung und eines allfälligen Beirats sollen angemessen, wettbewerbsfähig und leis-



tungsorientiert und in Übereinstimmung mit den strategischen Zielen sowie dem Erfolg der Gruppe festgesetzt werden.

² Die Gesellschaft kann den Mitgliedern der Konzernleitung eine erfolgsabhängige Vergütung entrichten. Deren Höhe richtet sich nach den vom Verwaltungsrat festgelegten qualitativen und quantitativen Zielvorgaben und Parametern, insbesondere dem Gesamterfolg der Unternehmensgruppe, des Geschäftsbereichs und dem individuellen Beitrag des jeweiligen Mitglieds. Die erfolgsabhängige Vergütung kann in bar oder durch Zuteilung von Beteiligungspapieren, Wandel- oder Optionsrechten oder anderen Rechten auf Beteiligungspapiere entrichtet werden. Der Betrag der erfolgsabhängigen Vergütung eines Mitglieds der Konzernleitung soll in der Regel 50% seiner fixen Vergütung nicht übersteigen. Der Verwaltungsrat regelt die Einzelheiten des erfolgsabhängigen Vergütungssystems.

³ Die Gesellschaft kann den Mitgliedern des Verwaltungsrats, der Konzernleitung und eines allfälligen Beirats im Rahmen ihrer Vergütung Beteiligungspapiere, Wandel- oder Optionsrechte oder andere Rechte auf Beteiligungspapiere zuteilen. Bei einer Zuteilung von Beteiligungspapieren, Wandel- oder Optionsrechten oder anderen Rechten auf Beteiligungspapiere entspricht der Betrag der Vergütung dem Wert, der den zugeteilten Papieren bzw. Rechten im Zeitpunkt der Zuteilung gemäss allgemein anerkannten Bewertungsmethoden zukommt. Der Verwaltungsrat kann eine Sperrfrist für das Halten der Papiere bzw. Rechte festlegen und bestimmen, wann und in welchem Umfang die Berechtigten einen festen Rechtsanspruch erwerben bzw. unter welchen Bedingungen etwaige Sperrfristen dahinfallen und die Begünstigten sofort einen festen Rechtsanspruch erwerben (z.B. bei einem Kontrollwechsel, bei substantiellen Umstrukturierungen oder bei bestimmten Arten der Beendigung des Arbeitsverhältnisses). Der Verwaltungsrat regelt die Einzelheiten in einem Reglement.

⁴ Die Zuteilung von Beteiligungspapieren, Wandel- oder Optionsrechten oder anderen Rechten auf Beteiligungspapiere, welche die Mitglieder des Verwaltungsrats, der Konzernleitung und eines allfälligen Beirats in ihrer Eigenschaft als Aktionäre der Gesellschaft erhalten (z.B. Bezugsrechte im Rahmen einer Kapitalerhöhung oder Optionen im Rahmen einer Kapitalherabsetzung), gelten nicht als Vergütung und fallen nicht unter diese Bestimmung.

Artikel 29c: Arbeitsverträge, Darlehen, Kredite und Vorsorgeleistungen ausserhalb der beruflichen Vorsorge

¹ Arbeitsverträge mit den Mitgliedern der Konzernleitung und Verträge mit den Mitgliedern des Verwaltungsrats, die den Vergütungen der betreffenden Mitglieder zugrunde liegen, werden für eine feste Dauer von höchstens einem Jahr oder für eine unbestimmte Dauer mit einer Kündigungsfrist von höchstens zwölf Monaten auf das Ende eines Kalendermonats abgeschlossen.

² Mitgliedern des Verwaltungsrats, der Konzernleitung und eines etwaigen Beirats können Vorschüsse bis maximal CHF 1'000'000.-- gewährt werden,



insbesondere in der Form von Kostenvorschüssen für Zivil-, Straf- oder Verwaltungsverfahren, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit der betreffenden Person als Mitglied des Verwaltungsrats oder der Konzernleitung der Gesellschaft stehen (insbesondere Gerichts- und Anwaltskosten).

³ Die Mitglieder des Verwaltungsrats, der Konzernleitung und eines etwaigen Beirats erhalten Vorsorgeleistungen der beruflichen Vorsorge gemäss den auf sie anwendbaren in- oder ausländischen gesetzlichen oder reglementarischen Bestimmungen, einschliesslich etwaiger überobligatorischer Leistungen. Die Erbringung solcher Leistungen stellt keine genehmigungspflichtige Vergütung dar.

⁴ Vorsorgeleistungen ausserhalb der beruflichen Vorsorge an ein Mitglied des Verwaltungsrats, der Konzernleitung oder eines etwaigen Beirats, durch die Gesellschaft, eine Gruppengesellschaft oder einen Dritten sind unzulässig. Leistungen aus dem Emmi-Wohlfahrtsfonds im Rahmen des Stiftungszwecks an aktuelle oder ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrats oder Konzernleitung stellen weder eine genehmigungspflichtige Vergütung der Gesellschaft noch eine Vorsorgeleistung ausserhalb der beruflichen Vorsorge dar.

⁵ Bei Krankheit oder Unfall eines Mitglieds der Konzernleitung, des Verwaltungsrats oder eines etwaigen Beirats kann die Gesellschaft dessen Lohn im Rahmen einer vom Verwaltungsrat erlassenen reglementarischen Regelung bzw. im Rahmen von Versicherungsleistungen weiter bezahlen. Im Zusammenhang mit Frühpensionierungen kann die Gesellschaft Überbrückungsleistungen an die Versicherten oder zusätzliche Beiträge an eine Vorsorgeeinrichtung gemäss einem vom Verwaltungsrat zu erlassenden Frühpensionsreglement erbringen.

Artikel 29d: Zusätzliche Mandate

¹ Die Mitglieder des Verwaltungsrats dürfen höchstens fünf Mandate in börsenkotierten und fünfzehn Mandate in nicht börsenkotierten Rechtseinheiten bekleiden.

² Mitglieder der Konzernleitung dürfen höchstens zwei Mandate in börsenkotierten und zehn Mandate in nicht börsenkotierten Rechtseinheiten bekleiden.

³ Als Mandat gilt die Tätigkeit in obersten Leitungs- oder Verwaltungsorganen anderer Rechtseinheiten, die verpflichtet sind, sich ins Handelsregister oder ein vergleichbares ausländisches Register eintragen zu lassen, und die nicht durch die Gesellschaft kontrolliert werden oder die Gesellschaft nicht kontrollieren. Mandate bei verschiedenen Gesellschaften, die der gleichen Unternehmensgruppe angehören, zählen als ein Mandat. Mandate, die ein Mitglied des Verwaltungsrats oder der Konzernleitung auf Anordnung von Emmi AG oder einer Gruppengesellschaft wahrnimmt, fallen nicht unter die Beschränkung zusätzlicher Mandate gemäss diesem Artikel 29d.



⁴ Die Ausübung solcher zusätzlicher Tätigkeiten darf das betreffende Mitglied in der Wahrnehmung seiner Pflichten gegenüber der Gesellschaft oder anderen Gesellschaften der Unternehmensgruppe nicht beeinträchtigen.

Artikel 29e: Abstimmung über die Vergütungen durch die Generalversammlung

¹ Die Generalversammlung genehmigt jährlich gesondert und bindend die Anträge des Verwaltungsrats in Bezug auf:

- a) den maximalen Gesamtbetrag der Vergütung des Verwaltungsrats und eines etwaigen Beirats für das laufende Geschäftsjahr;
- b) den maximalen Gesamtbetrag der fixen Vergütung der Konzernleitung für das folgende Geschäftsjahr;
- c) den Gesamtbetrag der variablen Vergütung der Konzernleitung für das vergangene Geschäftsjahr.

² Der Verwaltungsrat kann der Generalversammlung abweichende und zusätzliche Anträge in Bezug auf die gleichen oder andere Zeitperioden zur Genehmigung vorlegen.

³ Der Zusatzbetrag für die Vergütung von Mitgliedern der Konzernleitung, welche nach der Abstimmung über die Vergütung gemäss Abs. 1 ernannt werden, beträgt maximal 20% des von der Generalversammlung im Voraus genehmigten Gesamtbetrages der fixen Vergütung der Konzernleitung. Die Generalversammlung stimmt nicht über den verwendeten Zusatzbetrag ab.

⁴ Verweigert die Generalversammlung im Rahmen der bindenden Abstimmung gemäss Absatz 1 die Genehmigung eines Gesamtbetrags für die Mitglieder des Verwaltungsrats, der Konzernleitung oder eines etwaigen Beirats, dann kann der Verwaltungsrat an der gleichen Generalversammlung neue Anträge stellen. Stellt er keine neuen Anträge oder werden auch diese abgelehnt, so kann der Verwaltungsrat jederzeit, unter Einhaltung der gesetzlichen und statutarischen Voraussetzungen eine neue Generalversammlung einberufen.

⁵ Auslagenersatz ist keine Vergütung. Die Gesellschaft kann den Mitgliedern des Verwaltungsrats, der Konzernleitung und eines etwaigen Beirats im Umfang des von den Steuerbehörden akzeptierten Betrags einen Auslagenersatz in Form von Pauschalspesen ausrichten.

⁶ Die Gesellschaft kann zugunsten der Mitglieder des Verwaltungsrats, der Konzernleitung und eines etwaigen Beirats Organhaftpflichtversicherungen abschliessen und die vertraglichen Prämien bzw. Beiträge leisten. Die Bezahlung der Prämien oder anderer Beiträge stellt keine Vergütung dar.

⁷ Mitglieder des Verwaltungsrats, der Konzernleitung und eines etwaigen Beirats dürfen Vergütungen beziehen für Tätigkeiten in Unternehmen, die durch die Gesellschaft direkt oder indirekt kontrolliert werden oder mit der Gesellschaft verbunden sind, sofern die Vergütungen zulässig wären, wenn sie direkt von der Gesellschaft ausgerichtet würden und sofern sie von der Generalversammlung der Gesellschaft genehmigt worden sind. Die von der



Generalversammlung gemäss dieser Statutenbestimmung genehmigten Beträge können von der Gesellschaft und/oder einer oder mehreren anderen Gruppen- oder verbundenen Gesellschaften bezahlt werden.

⁸ Eine vom Genehmigungsbeschluss der Generalversammlung erfasste Vergütung für eine bestimmte Zeitperiode darf ganz oder teilweise auch erst nach Abschluss dieser Zeitperiode ausgerichtet werden, sofern sie für die Zeitperiode ausgerichtet wird, auf welche sich der Genehmigungsbeschluss bezieht. In diesem Fall muss die Vergütung nicht vom Genehmigungsbeschluss jener Zeitperiode erfasst sein, in welcher die Ausrichtung erfolgt.

4. Vertretung

Artikel 30: Vertretungsbefugnis

Der Verwaltungsrat bezeichnet die zur Vertretung der Gesellschaft nach aussen befugten Mitglieder des Verwaltungsrats und Dritte und bestimmt die Art ihrer Zeichnung.

Artikel 31: Zeichnung

Die zur Vertretung der Gesellschaft befugten Personen haben in der Weise zu zeichnen, dass sie der Firma der Gesellschaft ihre Unterschrift beifügen.

5. Bekanntmachungen

Artikel 32: Publikationsorgan, Mitteilungen

¹ Publikationsorgan der Gesellschaft ist das Schweizerische Handelsamtsblatt.

² Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Publikationsorgan, die Mitteilungen an die Namenaktionäre durch Brief an ihre letzte im Aktienregister eingetragene Adresse oder, sofern das Gesetz nicht zwingend etwas anderes bestimmt, durch Veröffentlichung im Publikationsorgan.

6. Geschäftsbericht, Vergütungsbericht, Rechnungslegung

Artikel 33: Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft wird vom Verwaltungsrat festgesetzt.

Artikel 34: Geschäftsbericht, Vergütungsbericht

¹ Der Verwaltungsrat erstellt für jedes Geschäftsjahr einen Geschäftsbericht, der sich zusammensetzt aus dem Lagebericht, der Jahresrechnung und einer Konzernrechnung.

² Der Verwaltungsrat erstellt zudem den Vergütungsbericht gemäss Art. 13 ff. VegüV.



7. Gewinnverwendung

Artikel 35: Verwendung des Gewinns

Die Generalversammlung beschliesst im Rahmen der zwingenden gesetzlichen Bestimmungen über die Verwendung des Bilanzgewinns.

8. Auflösung, Liquidation

Artikel 36: Auflösung

Die Auflösung der Gesellschaft erfolgt gemäss Art. 736 ff. OR. Die Generalversammlung kann jederzeit die Auflösung beschliessen.

Artikel 37: Liquidation

¹ Die Liquidation der Gesellschaft erfolgt gemäss Art. 739 ff. OR.

² Die Befugnisse der Generalversammlung bleiben während der Liquidation mit den Einschränkungen von Art. 739 OR bestehen. Insbesondere bedarf die Liquidationsrechnung der Abnahme durch die Generalversammlung.

³ Die Liquidation wird durch den Verwaltungsrat besorgt, sofern sie nicht durch Beschluss der Generalversammlung anderen Personen übertragen wird.

⁴ Die Liquidatoren sind berechtigt, die Aktiven der Gesellschaft freihändig zu veräussern.

9. Verschiedenes


Artikel 38: (aufgehoben)


Artikel 38a: Sacheinlagen

Gemäss Sacheinlagevertrag vom 20. April 2005 bzw. 25. April 2005 übernimmt die Gesellschaft von den Schweizer Milchproduzenten SMP, Genossenschaft mit Sitz in Bern, 1'250 Namenaktien im Nennwert von je CHF 500.-- der Holding der Schweizerischen Milchproduzenten, Aktiengesellschaft mit Sitz in Münchenbuchsee, im Gesamtwert und zum Gesamtpreis von CHF 5'811'737.50. Als Gegenleistung erhält die Sacheinlegerin 47'000 Namenaktien im Nennwert von je CHF 10.-- der Gesellschaft.

Artikel 39: (aufgehoben)

Stans, 22. April 2015


Konrad Graber
Präsident


Ingrid Schmid
Protokollführerin



BEGLAUBIGUNG

Die unterzeichnende Urkundsperson des Kantons Nidwalden, Rechtsanwalt lic. iur. Kilian Zwyssig bescheinigt, dass das vorliegende Exemplar den Statuten entspricht, die anlässlich der ordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft vom 22. April 2015 infolge einer Statutenrevision als gültige Statuten der Gesellschaft festgelegt worden sind, und dass diese Statuten 18 Seiten inkl. Beglaubigung umfassen.

Stans, 22. April 2015

Die Urkundsperson:



RA lic. iur. Kilian Zwyssig